

„Arbeit und Ärger haben wir“

Die ersten Angriffe von Wölfen auf Nutztiere in Thüringen haben Druck gemacht – die Förder-Richtlinie für Prävention und Entschädigung ist in Kraft. Doch geklärt ist nicht alles, sagen die Tierhalter.

Von Birgitt Schunk

Schalkau – Der Morgen begann für Peter Kieslich mit reichlich Ärger. Um halb sechs klingelte bei ihm zu Hause das Telefon. Einer der Herdenschutzhunde seines Betriebes war aus der Koppel ausgebrochen. „Das Dorf war in Aufruhr“, sagt der Schäfermeister der Agrargenossenschaft Schalkau (Kreis Sonneberg). Aus Angst hatten Leute aus Selsendorf nicht nur bei ihm angerufen. „Der Hund war jedoch friedlich, er war ja alleine ohne Herde im Ort unterwegs. Trotzdem ist uns mit der Polizei gedroht worden...“

Aileen und Seppel, die beiden Herdenschutzhunde des landwirtschaftlichen Unternehmens, sind in diesem Sommer erstmals im Dienst. Sie sollen auf die rund 2000 Mutterschafe des Betriebes und ihre Lämmer aufpassen – und sie vor dem Wolf schützen. Seit zwei Jahren werden sie gehalten und trainiert, nun aber wird es ernst. Am Pfingstwochenende waren in der Nähe des Truppenübungsplatzes Ohrdruf erstmals fünf Schafe gerissen worden. Die Wolfsexperten der Thüringer Landesanstalt für Umwelt und Geologie gehen davon aus, dass dies ein Wolf besorgt hat. Der genetische Beweis wird in Kürze erwartet.

Die Agrargenossenschaft Schalkau sieht Handlungsbedarf, die Herdenschutzhunde in Stellung zu bringen. „Ohrdruf ist nicht weit“, sagt Schäfermeister Peter Kieslich. Bei den Einwohnern treffen die Vorsorgemaßnahmen nicht gerade auf Verständnis. Das landwirtschaftliche Unternehmen hat sich auch im Vorfeld bereits einiges anhören müssen, wenn die Herdenschutzhunde sich lautstark bemerkbar machen, sobald sich Spaziergänger den Schafen nähern. Haben sie Hunde dabei, erst recht. Mit Drohgebärden wollen die vierbeinigen Wächter die potenziellen Eindringlinge in die Flucht schlagen. „Wir machen das aber nicht, um die Leute zu ärgern oder Angst zu verbreiten“, sagt Kieslich. Die Herden müssten geschützt werden. Und dabei seien die Herdenschutzhunde nicht mal in der frei laufenden Schafherde unterwegs. Erst nachts, wenn die Tiere in die Koppel kommen, sollen die Hunde Wache halten. Tagsüber wird weiter der Schäfer bei den Tieren sein und sie mit den Hütehunden über die Bergwiesen führen. „Wittern die Herdenschutzhunde aber Gefahr, setzen sie zur Verteidigung an. Genau das ist ihre Aufgabe“, sagt Schäfermeister Stefan Müller, der ebenso in der Agrarge-



Schäfermeister Stefan Müller mit zwei Herdenschutzhunden des Schalkauer Betriebes. Noch gibt es wenig Verständnis für deren Job.

Fotos: Schunk

nossenschaft tätig ist. „Die Schafherde ist ihre Familie.“ Wie der Herdenschutzhund nun am Dienstagmorgen aus der Koppel kam, wissen die Schäfer des Betriebes nicht. Das Netz war beschädigt. „Wir wollen nicht spekulieren...“, sagen sie.

Landesschäfermeister Jens-Uwe Otto, der in Rohr bei Meiningen seinen Betrieb führt, kennt die Problematik. „Die Gesellschaft muss sich jetzt entscheiden. Wer A sagt, muss auch B sagen.“ Man könne sich nicht den Wolf herbei wünschen und an-



Jens-Uwe Otto: Zahlen müssten die, die sich den Wolf herbeisehen.

dererseits Schutzmaßnahmen dagegen verteuern. Vergessen dürfe man schließlich nicht, dass Schafe und Rinder die Landschaft pflegen. Und Schäfer könnten nicht 24 Stunden am Tag bei ihren Tieren sein.

Monatelang hatten die Schäfer eine auf die Förderrichtlinie gewartet, die die Präventionsmaßnahmen gegen Wolfsattacken unterstützt. Immerhin war vor einem Jahr für Thüringen der erste gesicherte Wolfsnachweis nahe des Truppenübungs-

platzes Ohrdruf erbracht worden. Doch das Papier zur Förderung ließ bislang auf sich warten. Nach fünf getöteten Schafen zu Pfingsten und dem Vorfall in Leimbach im Wartburgkreis kam jetzt Druck auf den Kessel. In dem Ort unweit von Bad Salzungen war nach Aussagen des Landratsamtes vermutlich ein Kalb gerissen worden. Der Gutachter konnte zumindest einen Wolf frisst nicht ausschließen.

Das brachte offensichtlich die Maschinerie in Gang. Am 1. Juni teilte das Thüringer Umweltministerium mit, dass nun das erste Thüringer Wolfsgebiet bestätigt ist und die Förderrichtlinie ab sofort gilt. Staatskanzlei und Finanzministerium hatten auf ihr grünes Licht warten lassen. „Unser Haus hatte seine Hausaufgaben lange schon gemacht“, sagte Andreas Maruschke, der Sprecher des Thüringer Umweltministeriums. Entschädigungen hätte es allerdings bislang auch schon so geben können. 1000 Euro waren bisher in den Jahren zuvor jeweils im Haushalt eingestellt. „Das war symbolisch, die Summe wäre im Bedarfsfall jederzeit aufgestockt worden.“ Ausgezahlt wurden bislang keine Gelder.

Dass der Wolf in Deutschland und Thüringen wieder heimisch ist, wertet Thüringens Umweltministerin Anja Siegesmund als einen Erfolg für den Artenschutz. Für 2015 wurden 45.000 Euro in den Haushalt eingestellt. Über die Förderrichtlinie erhalten Schäfer in Wolfsgebieten Unterstützung für spezielle Weidezäune und entsprechende Schutzhunde. Im Wolfsgebiet können Präventionsmaßnahmen von Tierhaltern zu 75 Prozent gefördert werden. Reißt ein Wolf trotz Schutz ein Tier, so bekommt der Besitzer den Wert zu 100

Prozent erstattet. Das erste Thüringer Wolfsgebiet umfasst nun eine Fläche von rund 2800 Quadratkilometern und erstreckt sich in einem 30-Kilometer-Radius um das Zentrum des ehemaligen Standortübungsplatzes Ohrdruf.

„Die Entschädigung für getötete Tiere ist nur die eine Seite“, sagt Landesschäfermeister Jens-Uwe Otto. „War erst einmal ein Wolf in einer Herde, wird sich das Gefüge verändern – das besagen Erfahrungen.“ Folgekosten, die den Betrieben entstehen, sind nämlich nicht förderfähig. Die Schäfer befürchten, dass die Tiere nach einer Wolfsattacke lange Zeit unruhig sein werden. Geringere Zunahmen, aber auch Früh- und Totgeburten seien die Folge, hieß es. „Und das ersetzt uns keiner“, betont Schäfermeister Martin Gessner aus Bedheim (Kreis Hildburghausen). „Arbeit und vor allem Ärger haben wir. Das alles müssten eigentlich alle die tragen, die sich den Wolf herbei sehen.“

Auch Gessner und seine Leute sind nicht bereit, sich an 365 Tagen rund

Attacken durch einen neuen Wolf?

Bisher wurde in Thüringen ein Wolf sicher nachgewiesen. Das weibliche Tier lebt seit rund einem Jahr am Truppenübungsplatz Ohrdruf, es gilt als standorttreu. Von Übergriffen auf Nutztiere wurde bisher nichts bekannt. Deshalb hält es Silvester Tamas, der Wolfsbeauftragte beim Naturschutzbund NABU, für möglich, dass ein anderer Wolf jüngst die beiden Übergriffe verübt haben könnte. Bei Schwabhausen (Landkreis Gotha) waren mehrere Schafe gerissen worden, bei Leimbach (Wartburgkreis) war es ein Kalb.

um die Uhr bei den Schafen aufzuhalten, um auf diese und womöglich auch noch auf die Herdenschutzhunde aufzupassen. „Wenn ich dann sehe, dass Leute mit 3000 Euro im Monat und einer 35-Stunden-Woche streiken, dann werde ich richtig wütend.“ Die Erschwernisse, die jetzt auf die Betriebe zukämen, arbeiten Gessner zufolge weiter gegen die Schafhaltung. „Wir haben so schon insgesamt Nachwuchsprobleme. Wenn das so weiter geht, will überhaupt keiner mehr den Schäfer-Beruf erlernen.“

An ein weiteres Gefahrenpotenzial mag sich zudem Schäfermeister Peter Kieslich von der Schalkauer Agrargenossenschaft lieber nicht ausmalen. „Wird eine Herde durch einen Wolf aufgemischt, kommt es schnell zum Ausbruch“, sagt er. Autobahn und ICE-Trasse verliefen durch den Thüringer Wald, Bundes- und Landesstraßen ebenso. „Wenn es hier zu einem Verkehrsunfall mit Personenschaden kommt, können wir einpacken. Auf die Versicherungen brauchen wir dann nicht zu hoffen.“

Laut Tamas liegen bislang zwar keine Beweise für die Existenz eines weiteren Wolfes in Thüringen vor – wohl aber Spuren und Indizien. So soll erst vor einigen Wochen ein Wolf am Rennsteig im Bereich Klausberg bei Gerstungen gesichtet worden sein. Anfang des Jahres habe es Sichtungen bei Vacha gegeben. Die massive Attacke bei Schwabhausen könnte auf einen unerfahrenen Jungwolf hindeuten, meint Tamas. Er warnte aber vor voreiligen Schlüssen. Man müsse die genetischen Untersuchungen abwarten. ek

Billige DDR: „Invasion der West-Firmen“ erwartet

Das ist wahrscheinlich der endgültige Beweis, dass es mit der DDR in absehbarer Zeit zu Ende geht: Man gönnt sich in Ost-Berlin nicht einmal mehr ein Staatsoberhaupt. Wie an diesem Pfingstmontag aus Regierungskreisen bestätigt wird, soll es nach der Absage des Bischofs von Berlin-Brandenburg, Gottfried Forck, keinen neuen Anlauf mehr geben, das Amt zu besetzen. Schon seit einiger Zeit gibt es ganz offene Überlegungen, Bundespräsident Richard von Weizsäcker sei der richtige Mann für das Präsidentenamt im vereinigten Deutschland – da braucht es nicht noch kurzzeitige Konkurrenz aus dem Osten.

Zu SED-Zeit war in der DDR 1960 mit dem Staatsrat ein „kollektives Staatsoberhaupt“ geschaffen worden. Zuvor gab es mit Wilhelm Pieck den ersten und einzigen Präsidenten der DDR. Der Staatsratsvorsitzende war durchaus dem Präsidenten in anderen Staaten vergleichbar. Nach der

Auf dem Weg

zur deutschen Einheit:

Heute vor 25 Jahren

Juni 1990

4

Montag

Absetzung von Erich Honecker war Egon Krenz Ende 1989 für wenige Wochen Staatsratsvorsitzender. Dann amtierte Manfred Gerlach von der LDPD bis zur konstituierenden Sitzung der Volkskammer. Die Schaffe am 5. April den Staatsrat ab-eigentlich mit dem Ziel, einen neuen Präsidenten zu wählen. Bis dahin sollte Volkskammerpräsidentin Sabine Bergmann-Pohl formal als Staatsoberhaupt mit fungieren.

Dass sich die Eigenständigkeit der DDR bald erledigt haben wird, sieht auch der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT), Hans-Peter Stihl. In der zweiten Jahreshälfte werde es eine wahre Invasion von West-Unternehmen in der DDR geben. Mit 43 Wochenstunden Arbeitszeit und günstigen Löhnen



Als Präsident der DDR im Gespräch: Bischof Gottfried Forck. Nach seiner Absage bleibt das Amt unbesetzt.

Archivbild (1995): dpa

werde die DDR auf absehbare Zeit ein „Produktions- und Investitionsstandort mit erheblichen Vorteilen“ bleiben, sagt Stihl in der Berliner Morgenpost.

Die Entwicklung im Osten Deutschlands hat indes nachteilige Folgen für die Nachbarn weiter im Osten: Polen. Mit dem Wegfall der Kontrollen an den innerdeutschen Grenzen und ihrer Verlagerung an die Oder-Neiße-Grenze befürchten die Polen verstärkte Schikanen seitens der DDR. Nicht zuletzt wäre das auch eine Reaktion auf den ausgeferten Handelstourismus. Jetzt will Warschau selbst reagieren: Reisende sollen auf mitgeführte Handelswaren kontrolliert werden. Insbesondere Waren aus Devisenländern (Zigaretten und Alkohol) dürfen nicht mehr mitgenommen werden, nur noch zwei Reisen pro Jahr sind bis 200 Dollar zollfrei. jwe

Beamte wollen leichter in die Wirtschaft wechseln

Beamte fliegen auch dann nicht raus, wenn sie Dinge tun, die Beschäftigte in der Wirtschaft ziemlich sicher den Job kosten würden. Der Beamtenbund verteidigt das – und fordert weitere Verbesserungen für diese Staatsdiener.

Von Sebastian Haak

Erfurt – Man stelle sich vor, der ranghohe Mitarbeiter eines Unternehmens, das sich um Artenschutz kümmert, geht in seiner Freizeit auf Elefantenjagd. Egal, ob das rechtlich zulässig ist oder nicht: Wie lange würde dieser Mensch wohl seinen Job behalten? Ist dieser Mann aber Beamter und arbeitet für das Thüringer Umweltministerium – so wie es jüngst

vorgekommen ist –, trennt sich sein Dienstherr – der Freistaat – nicht von ihm. Er bekommt lediglich eine neue Aufgabe; so was wie: den Bürokratieabbau vorantreiben.

Für viele Menschen, die ihren Lebensunterhalt mit einem Job außerhalb des Staatsdienstes finanzieren, sind solche Fallbeispiele nur schwer nachvollziehbar. Vor allem dann, wenn die Lobbyisten der Beamten wieder mehr Geld für die Staatsdiener fordern. Als jüngst der Landesvorsitzende des Thüringer Beamtenbundes, Helmut Liebermann, mit dem Land über die Erhöhung der Bezüge der Beamten stritt, da war in den Sozialen Netzwerken ebenso wie in den Kommentarforen vieler Medien die Hölle los.

Die Zahlen der Landesregierung zu den Entlassungen von Thüringer Beamten wegen Dienstvergehen oder noch schwererer Verfehlungen in den vergangenen zehn Jahren bestätigen all jene in ihrer Haltung, die

solche Forderungen erheben. Neben den vierzehn Beamten auf Lebenszeit, die im Geschäftsbereich des Innenministeriums seit 2005 entlassen wurden, traf es im Verantwortungsbereich des Finanzministeriums lediglich zwei, im Verantwortungsbereich des Justizministeriums sechs Beamte. In einem der beiden Fälle des Finanzministeriums war dem Beamten den Angaben nach wegen außerdienstlichen Verfehlungen der Beamtenstatus entzogen worden.

Nur einen Verweis

Sie alle, so ist den Angaben der Landesregierung zu entnehmen, wurden erst nach wirklich gravierenden Verfehlungen entlassen. Die Entfernung eines Staatsdieners aus dem Beamtenverhältnis ist die höchste disziplinarrechtliche Strafe, die einen Beamten treffen kann. Während Beschäftigte in der Wirtschaft regelmäßig schon bei relativ kleinen Vergehen Gefahr laufen,

ihren Job zu verlieren, gibt es für kleinere und mittelgroße Vergehen einen Verweis, eine Geldbuße, die Kürzung der Dienstbezüge oder die Zurückstufung in eine andere Gehaltsgruppe. Wird ein Beamter aus seinem Dienstverhältnis entlassen, sagt eine Sprecherin der Landesregierung, verliere er damit alle aus dem Beamtenverhältnis erwachsenden Rechte, insbesondere auch seine Ansprüche auf sein Ruhegehalt. Allerdings wird er dann in der gesetzlichen Rentenversicherung nachversichert.

Liebermann will in dieser Fast-Unkündbarkeit der Beamten trotzdem nichts Unangemessenes oder Überholtes erkennen. Erstens, sagt er, seien die disziplinarrechtlichen Optionen gegen Landesbeamte durchaus „eine rechtssichere und angemessene Möglichkeit, um auf Verfehlungen zu reagieren“. Zweitens hält er ohnehin nicht viel davon, die Entlassungen von Beamten mit Fäl-

len von außerhalb des öffentlichen Dienstes zu vergleichen. Wenn man solche Analogien aber schon herstellen wolle, sagt Liebermann, dann müsse man bedenken, dass in Zeiten des Fachkräftemangels „auch bei Mercedes qualifiziertes Fachpersonal nicht einfach gekündigt wird“.

Einbußen für die Chefs

Stattdessen fordert Liebermann etwas, das auch mit der Wirtschaft zu tun hat: Die gesetzlichen Grundlagen müssten so geändert werden, damit Beamte freiwillig aus dem Landesdienst ausscheiden und in die freie Wirtschaft wechseln könnten – unter Mitnahme aller ihrer bis dahin erworbenen Anwartschaften auf Altersbezüge, sagt er. Beamte beim Wechsel in die Wirtschaft in der gesetzlichen Rentenversicherung nachzuversichern, bringe vor allem für die höher eingruppierten Staatsdiener finanzielle Verluste mit sich, die nicht zu rechtfertigen seien.